

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Strukturelle Reformen zur Bekämpfung der Altersarmut angehen – tragfähiges Rentenniveau generationenübergreifend sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die demographische Entwicklung in unserem Land stellt das gesetzliche Rentensystem vor enorme Herausforderungen. Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge in den 60er-Jahren und der geringen Geburtsraten der Folgejahrzehnte wird sich das Verhältnis von über 64-Jährigen zur Anzahl der 15 bis 64-Jährigen, künftig dramatisch verschlechtern. Gegenüber dem Jahr 2000 wird sich dieser Altersquotient bis zum Jahr 2035 verdoppelt haben. Verschärft wird diese Problematik durch den wachsenden Niedriglohnsektor, die zunehmende Anzahl von Minijobs und unterbrochene Erwerbsbiographien. Das trifft besonders Frauen, vor allem im Saarland. Knapp 83 % der saarländischen Neurentnerinnen bezogen im Jahr 2010 eine Rente von unter 750 €, davon 64 % unter 500 €.

Wir müssen daher einerseits prüfen, welche weitergehenden strukturellen Reformen des Rentensystems notwendig sind, um das Verhältnis zwischen Beitragszahlungen und Rentenzahlungen über die Generationen konstant zu halten. Ansonsten ist die Solidarität unseres deutschen Rentensystems in hohem Maße gefährdet. Es ist zu befürchten, dass die Riester-Rente nicht den erhofften Abmilderungseffekt bringen wird. Zudem machen gerade Einkommensschwache von der freiwilligen Riester-Rente wenig Gebrauch und sind verstärkt der Gefahr von Altersarmut ausgesetzt. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen müssen sowohl die Interessen der Rentnerinnen und Rentner als auch die der künftigen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler berücksichtigt werden.

Andererseits benötigen wir eine Lösung des Problems der Altersarmut. Sie darf nicht allein den Beitragszahlerinnen und -zahlern überlassen werden. Es gilt: Langjährig Versicherte müssen die Garantie erhalten, im Alter eine Rente über dem Grundsicherungsniveau zu erhalten, um vor Altersarmut zu schützen. Eine steuerfinanzierte Garantierente als Bestandteil der Rentenversicherung sollte deshalb geringe Rentenansprüche aufstocken und damit die gesetzliche Rentenversicherung als erste Säule der Alterssicherung stärken. Altersarmut muss aber auch an ihrer Wurzel bekämpft werden: den geringen Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und bessere Chancen für Frauen, Ältere und Geringqualifizierte sind hier längst überfällige Maßnahmen. Da es gerade Alleinerziehende sind, die in Zukunft und auch bereits heute in hohem Maße von Armut betroffen sind, müssen die Anrechte von Frauen ausgebaut werden. Hier wäre die eigenständige Sicherung für jede Frau und eine bessere Bewertung von Zeiten der Kindererziehung und Pflege von Nöten.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:

- eine steuerfinanzierte Garantierente eingeführt wird, die jedem Bürger, der mindestens 30 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, eine Rente in Höhe von 850 Euro garantiert.
- ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland eingeführt wird.
- Frauen eine eigenständige Sicherung erhalten und Zeiten von Kindererziehung und Pflege bei Errechnung des Rentenanspruches höher gewertet werden.
- die Wirksamkeit der eingeleiteten Reformen zur Abmilderung des demographischen Defizits evaluiert wird und weitere strukturelle Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung geprüft werden, um die Zukunfts- und Generationengerechtigkeit des Systems zu sichern.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.